https://www.thomasfazi.com/p/the-russian-hybrid-war-narrative

Das Narrativ vom „russischen Hybridkrieg“: eine neue Strategie der Spannungsschaffung seitens der NATO?

Stützen die Fakten diese Erzählung? Oder deuten sie vielmehr darauf hin, dass ein „hybrider Krieg“ – eine Kampagne der psychologischen Kriegsführung – vom EU-NATO-Establishment selbst gegen die eigene Bevölkerung geführt wird?

Thomas Fazi

07. Oktober 2026

Dies ist ein Artikel, den ich schon seit langem schreiben wollte, seit der Hysterie um „russische Drohnen“ Ende 2025, aber das Leben kam mir dazwischen. Die jüngste Welle von Behauptungen über den „russischen Hybridkrieg“ hat mich schließlich dazu veranlasst, mich endlich daran zu machen. Soweit mir bekannt ist, handelt es sich um die bislang ausführlichste kritische Analyse der Erzählung vom „russischen Hybridkrieg“ – was auch der Grund dafür ist, dass er ziemlich lang ist. Wie immer sind Kommentare, Korrekturen und Ergänzungen willkommen.

In letzter Zeit vergeht in Europa kein Tag, an dem nicht irgendeine Drohnenpanik, ein Brand oder ein Stromausfall Russland angelastet wird. Uns wird erzählt, dass diese Vorfälle alle Teil eines unerbittlichen „hybriden Krieges“ sind, den Russland gegen Europa führt – eines, der Drohnenübergriffe, Luftraumverletzungen, Sabotage, Brandstiftung, Cyberangriffe und mehr umfasst. Uns wird erzählt, dass dies „Verschwörungen umfasst, Brandbomben an Bord von DHL-Frachtflugzeugen zu platzieren, Eisenbahnschienen in Polen in die Luft zu sprengen und Lagerhäuser sowie Einkaufszentren in ganz Europa niederzubrennen“, sowie „Sabotageakte gegen Rüstungsunternehmen und die Verteidigungsindustrie in Europa“, und „Angriffe auf kritische Infrastruktur in Europa“ – aber offenbar auch das Entsenden von Geheimagenten, die in den Toiletten finnischer Abgeordneter ihre Notdurft verrichten. Uns wird außerdem mitgeteilt, dass „solche Angriffe kurz nach dem Beginn der groß angelegten Invasion Russlands in der Ukraine im Jahr 2022 begannen“ und in den letzten Monaten und Wochen eskaliert sind. Laut Kaja Kallas „sieht sich Europa mit einer raschen Zunahme von Sabotageangriffen und Luftraumverletzungen konfrontiert“.

Die Spannungen eskalierten im vergangenen Monat dramatisch, nachdem Deutschland einen versuchten Sprengstoff-Drohnenangriff auf den Flughafen Leipzig/Halle offiziell Russland zugeschrieben hatte; nachfolgende Ermittlungen führten die Operation Berichten zufolge auf den russischen Militärgeheimdienst zurück. Dies erhöhte den Einsatz erheblich: Es handelte sich um einen der schwerwiegendsten Vorfälle auf deutschem Boden, der jemals offiziell von Berlin Moskau angelastet wurde – wenn auch um einen „gescheiterter“ Vorfall. Der deutsche Außenminister Johann Wadephul sagte, der Angriff „füge sich in ein breiteres Muster russischer Hybridoperationen in Europa ein“.

Innerhalb weniger Stunden hatten die EU- und NATO-Spitzenpolitiker in mehreren Hauptstädten nicht nur die Zuordnung akzeptiert, sondern sich auch darauf geeinigt, was der Vorfall bedeutete: ein Teil einer koordinierten Kampagne mit einem

bekannten Motiv, die eine vorab festgelegte Reaktion erfordert, nämlich Sanktionen und verstärkte Unterstützung für die Ukraine. „Die Beweislage ist eindeutig“, sagte NATO-Generalsekretär Mark Rutte am selben Tag, an dem die deutsche Regierung ihre Erklärung abgab – obwohl die Deutschen zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Beweise vorgelegt hatten, weder gegenüber der Öffentlichkeit noch, wie es scheint, gegenüber anderen EU- und NATO-Regierungen. Auch der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte, der Anschlag sei ein klarer Beweis dafür, dass „die hybride Bedrohung Russlands gegen die Europäer … sich verschärft hat“. Der polnische Außenminister Radosław Sikorski warnte, dass die Konfrontation Russlands mit Europa zunehmend „kinetisch“ werde, und fügte hinzu: „Russland befindet sich im Krieg mit Europa“. „Das ist die neue Normalität“, sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Als würde dies bestätigen, beschuldigte die estnische Regierung nur wenige Wochen später, am 29. September, offiziell die russischen Sonderdienste, einen Brandanschlag auf das Gebäude des estnischen Rüstungsunternehmens Milrem in Auftrag gegeben zu haben – eine weitere gravierende Eskalation gegenüber dem bisherigen Muster angeblicher, aber inoffizieller Zuschreibungen an Russland.

Unterdessen wird uns auch ständig gesagt, dass Russland beabsichtige, noch weiter zu eskalieren – d. h., dass wir uns auf weitaus schwerwiegendere Angriffe gegen Europa gefasst machen sollten, die möglicherweise schon unmittelbar bevorstehen. Innerhalb weniger Tage wurde berichtet, dass „europäische Geheimdienstmitarbeiter die Möglichkeit eines bevorstehenden russischen Tests der NATO angesprochen haben, wobei einer sagte, ein potenzieller Angriff könne bereits in ‚Monaten, nicht Jahren‘ erfolgen“ ; dass laut FBI „Russland gezielte Attentate in den USA und in europäischen Ländern plant“; und dass es einen CIA-Bericht gibt, der Italien, Frankreich und Spanien vor einer möglichen russischen Operation warnt, bei der Drohnenangriffe von Handelsschiffen im Mittelmeer aus gestartet werden sollen – so behauptete zumindest der Journalist, der den „Scoop“ in *El Mundo* veröffentlichte, von einer anonymen Quelle aus dem Umfeld des litauischen Verteidigungsministeriums erfahren zu haben.

Der Artikel fand weltweit große Beachtung – doch innerhalb von weniger als 24 Stunden bestritten sowohl der italienische Verteidigungsminister Guido Crosetto als auch Macron entschieden, eine solche Warnung erhalten zu haben, und wiesen die Behauptungen als unbegründet zurück, was darauf hindeutet, dass die Geschichte entweder von der „anonymen Quelle“ oder vom Journalisten selbst erfunden wurde. Die Episode zeigt auch, dass solche Behauptungen, insbesondere wenn sie ohne jegliche Belege vorgebracht werden, mit äußerster Vorsicht zu behandeln sind – vor allem, wenn sie von vornherein auf einer wackeligen Logik beruhen. In diesem Fall kann man sich beispielsweise zu Recht fragen, welches Interesse Russland daran hätte, Spanien und Italien anzugreifen, zwei der am wenigsten begeisterten Befürworter des endlosen Krieges in der Ukraine.

Doch es gab noch bizarrere Behauptungen. In den letzten Wochen gab es innerhalb der NATO koordinierte Meldungen, Russland könnte einen „False-Flag-Angriff“ vorbereiten … in den nächsten Monaten – d. h. einen Drohnen- oder Raketenangriff, den Russland dann als „Unfall“ darstellen oder sogar der Ukraine in die Schuhe schieben würde. Doch welchen Nutzen hätte Russland von einem dieser Szenarien? Beide sind bereits eingetreten – es gab mehrere Fälle, in denen russische und ukrainische Drohnen versehentlich in den NATO-Luftraum nahe der Grenze zur

Ukraine eindrangen (siehe unten) –, und das einzige Ergebnis war eine Verhärtung der Haltung der NATO. Wenn Russland zudem auf glaubwürdige Abstreitbarkeit abzielte, warum hinterließ es dann angeblich überall seine Spuren bei dem versuchten Drohnenangriff in Leipzig/Halle? Und wie lassen sich diese Behauptungen mit der gegenteiligen Behauptung vereinbaren, dass Russland „innerhalb weniger Monate“ einen offenen Angriff auf ein NATO-Land starten könnte, wie der dänische Geheimdienst kürzlich erklärte? Was stimmt nun? Aber von uns wird nicht erwartet, dass wir Fragen stellen oder auf Ungereimtheiten in der Geschichte hinweisen; von uns wird einfach erwartet, dass wir glauben, was uns unsere Medien und Regierungen erzählen.

Natürlich hat keiner von uns eine Möglichkeit, *zu wissen*, was Russland plant, zumal es sich um eine dynamische Situation handelt, in der Russlands Handlungen von denen der NATO beeinflusst werden und umgekehrt. Der russische Präsident Wladimir Putin seinerseits weist alle Vorwürfe zurück und hat wiederholt – zuletzt am 19. September – erklärt, dass Russland „keine aggressiven Absichten gegenüber Europa oder europäischen Ländern“ hege und bereit sei, die Beziehungen wiederherzustellen und mit seinen europäischen Nachbarn zusammenzuarbeiten – während er gleichzeitig den europäischen Staats- und Regierungschefs vorwirft, die angebliche russische Bedrohung zu nutzen, um ihre eigene Politik zu rechtfertigen und eine Eskalation mit Moskau anzustreben. Natürlich könnte man argumentieren, dass Russland, wenn es einen Angriff plane, dies den Europäern nicht im Voraus mitteilen würde und seine Worte daher nicht für bare Münze genommen werden sollten.

Das ist natürlich richtig. Gleichzeitig soweit die meisten Staaten rationale Akteure sind, die dazu neigen, strategisch zu denken und zu handeln – und Russland entspricht dieser Beschreibung zweifellos –, kann man sich fragen, welches rationale oder strategische Interesse Russland daran hätte, einen Angriff auf Europa zu starten, der leicht zu einem umfassenden Krieg zwischen der NATO und Russland führen könnte, zumal Russlands bisherige Weigerung, auf von der NATO unterstützte ukrainische Angriffe auf sein Territorium, einschließlich Angriffen auf Zivilisten, mit gleichwertigen Vergeltungsmaßnahmen zu reagieren, wahrscheinlich gerade durch den Wunsch motiviert war, ein solches Ergebnis zu vermeiden. Interessanterweise wird diese Skepsis sogar von einigen Stimmen innerhalb des NATO-Establishments geteilt.

Der estnische Auslandsgeheimdienst schrieb beispielsweise in seinem im Februar veröffentlichten Jahresbericht 2026: „Es gibt … keinen Grund zur Panik. Nach Einschätzung des estnischen Auslandsgeheimdienstes hat Russland nicht die Absicht, Estland oder einen anderen NATO-Mitgliedstaat im kommenden Jahr militärisch anzugreifen. Wir werden im nächsten Jahr wahrscheinlich zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen.“ Selbst der finnische Präsident Alexander Stubb, der gegenüber Russland ansonsten eine sehr harte Linie vertritt, hat Warnungen anderer europäischer Staats- und Regierungschefs zurückgewiesen, Russland könne die NATO in naher Zukunft angreifen, und erklärt, der finnische Geheimdienst sehe keine Anzeichen für eine unmittelbare militärische Bedrohung. „Wir sehen keine Anzeichen dafür“, sagte Stubb. „Unsere Geheimdienstinformationen zeigen, dass zwar Aktivitäten stattfinden, derzeit aber keine unmittelbare militärische Bedrohung besteht.“ Tatsächlich lautet, wie *Politico* berichtet, auch die offizielle Einschätzung der NATO weiterhin, dass keine unmittelbare Bedrohung besteht: „Zum

gegenwärtigen Zeitpunkt sehen wir keine unmittelbare Angriffsgefahr“, erklärte ein NATO-Vertreter im Namen der Organisation. Am 29. September erklärte der litauische Ministerpräsident Mindaugas Sinkevičius auf einer gemeinsamen NATO-Pressekonferenz, er habe Mark Rutte um echte nachrichtendienstliche Beweise dafür gebeten, dass Russland einen unmittelbar bevorstehenden Angriff vorbereite, und die Bestätigung erhalten, dass es keine gebe. „Ich habe [Rutte] gefragt: Gibt es Beweise, echte Beweise, dass Russland etwas plant? Aber es gibt tatsächlich nichts“, sagte er.

Dies zeigt, dass selbst die Einschätzungen der NATO selbst äußerst widersprüchlich sind. Für die öffentliche Meinung macht dies jedoch kaum einen Unterschied, da die Behauptungen über einen unmittelbar bevorstehenden Angriff die vorsichtigeren Einschätzungen bei weitem überwiegen, über die in der Regel kaum berichtet wird. Da es keine Beweise gibt, die in die eine oder andere Richtung weisen, bleiben Spekulationen über zukünftige Szenarien letztlich genau das: Spekulationen – insbesondere wenn man bedenkt, dass wir davon ausgehen müssen, dass Russlands Haltung nicht feststeht, sondern unweigerlich von den Handlungen der NATO beeinflusst wird. Was wir mit einiger Sicherheit einschätzen können, ist das, womit sich Russland *bisher* beschäftigt hat – was uns wiederum den bestmöglichen Einblick darin verschafft, was es als Nächstes tun könnte. Die Frage, die gestellt werden muss, lautet daher: Stützen die Beweise die westlichen Behauptungen, dass Russland einen „hybriden Krieg“ gegen Europa führt?

Es gibt mehrere Datenbanken und Berichte, die vorgeben, die russische Hybridkriegsführung zu quantifizieren, und die oft als Beweis für eine koordinierte, eskalierende russische Kampagne angeführt werden. Dazu gehören Datensätze und Berichte des European Repository of Cyber Incidents, das sich ausschließlich auf Cyberangriffe konzentriert, der Universität Leiden, des Soufan Center, der Associated Press, den in den USA ansässigen Think Tank Center for Strategic and International Studies (CSIS), das in Großbritannien ansässige International Institute for Strategic Studies (IISS) und den in Bratislava ansässigen Think Tank GLOBSEC. Für sich genommen und für bare Münze genommen zeichnet jeder dieser Berichte ein scheinbar vernichtendes Bild, das Dutzende – und in einigen Fällen Hunderte – mutmaßlicher Sabotageakte, Angriffe und Einflussoperationen umfasst, die sich über viele Jahre hinweg auf mehrere europäische Länder erstrecken. Das ist in der Tat besorgniserregend. Nacheinander und im Detail gelesen erzählen sie jedoch eine ganz andere Geschichte: Die Zahlen weichen stark voneinander ab; der zentrale Begriff ist nicht definiert; die Zuordnung beruht oft auf nichts weiter als Presseberichten über offizielle Verdachtsmomente; und die eigenen Vorbehalte der Berichte – versteckt in Fußnoten, Anhängen und Abschnitten zur Methodik – untergraben häufig die in ihren Zusammenfassungen aufgestellten Behauptungen.

Zunächst einmal gehen die Zahlen nicht auf. Je nachdem, welchen Bericht man liest, hat Russland nach Februar 2022 zwischen 52 und 255 hybride Angriffe in Europa durchgeführt – eine fünffache Spanne für eine angeblich ein und dieselbe Kampagne. Das Soufan Center, das nur sechs Länder erfasst – darunter zwei, Moldawien und Georgien, außerhalb der EU – verzeichnet allein für das Jahr 2025 mehr Vorfälle als das CSIS für drei Jahre auf dem gesamten Kontinent. Die Zahlen weichen voneinander ab, weil es keine einheitliche Antwort auf die grundlegendste Frage gibt: Was ist ein hybrider Angriff? Das IISS-Papier räumt selbst ein, dass „hybride Kriegsführung“ ein „amorphes Konzept“ mit sehr unterschiedlichen

Definitionen ist. Einige Berichte beschränken sich auf physische Angriffe und Verschwörungen, und selbst diese reichen von Brandstiftung über das Anbringen kremlfreundlicher Aufkleber bis hin zu Vandalismus und Graffiti; andere beziehen „Einflussoperationen“ wie die monatlichen Friedensdemonstrationen in Amsterdam mit ein; wieder andere zählen sogar russische Marinepassagen durch den Ärmelkanal dazu. Letztendlich lässt sich der Begriff so weit fassen, dass er fast alles umfasst. Der größte Unterschied in den Zahlen ergibt sich aus der Behandlung (angeblicher) Drohnensichtungen, die Russland zugeschrieben werden – deren Zahl in die Hunderte geht, die jedoch in den meisten Fällen letztendlich widerlegt wurden (siehe unten) – und daher von den meisten Berichten ausgeschlossen, obwohl sie enorme Medienaufmerksamkeit erhielten und maßgeblich zur Hysterie um den „hybriden Krieg“ beitrugen.

Zudem sind die Beweise, die Russland in Verbindung bringen, in den meisten Fällen sehr schwach – oder gar nicht vorhanden. In diesen Berichten besteht der Beweis dafür, dass Russland hinter einem bestimmten Vorfall steckt, meist aus einem Nachrichtenartikel, in dem berichtet wird, dass Behörden dies vermuten. Es gibt keine unabhängige Überprüfung: Wenn eine Regierung sagt „Russland war es“, landet der Vorfall auf der Liste – selbst wenn keinerlei Beweise vorliegen. Zudem umfasst der Leiden-Datensatz Vorfälle, die von Beamten oder Politikern mit Russland in Verbindung gebracht oder durch journalistische Recherchen aufgedeckt wurden – aber auch solche, die lediglich „in ein Muster“ ähnlicher Ereignisse zu passen schienen. Die Berichte stützen sich zudem gegenseitig. Der Datensatz des IISS baut auf dem Leiden-Datensatz auf; GLOBSEC zitiert die Zahlen aus Leiden, das IISS und eine Zählung der AP; das CSIS zitiert die Leiden-Studie; das Soufan Center befragte den Autor des Leiden-Datensatzes. Letztendlich führen die meisten Wege zurück zu derselben Quelle von Medienberichten über offizielle Behauptungen – in den meisten Fällen über eine „mögliche“ oder „wahrscheinliche“ russische Beteiligung. Und diese offiziellen Behauptungen sind nicht neutral. Bemerkenswerterweise sagt das IISS-Papier dies selbst: Entscheidungen über die Zuordnung werden „selten in einem politischen Vakuum getroffen“, und öffentliche Erklärungen „spiegeln ebenso sehr umfassendere strategische Überlegungen wider wie das Vertrauen in die Beweislage“.

Auch viele der Organisationen, die hinter diesen Berichten stehen, können nicht als neutral angesehen werden. Das IISS, das CSIS und GLOBSEC unterhalten alle finanzielle Verbindungen zu amerikanischen und europäischen Rüstungsherstellern (zu den Spendern von GLOBSEC zählt das Rüstungsunternehmen Helsing, das sich durch den Ukraine-Krieg zum wertvollsten Start-up Europas entwickelt hat), sowie zum transatlantischen Establishment und sind bekannt für ihre kriegstreiberische Haltung gegenüber dem Ukraine-Krieg und Russland. Schon die Sprache der Berichte selbst verrät ihre ideologische Ausrichtung. Der CSIS-Bericht argumentiert, die NATO solle ihre „Mentalität der Selbstabschreckung“ aufgeben und eine „abgestimmte Offensivkampagne“ gegen Russland starten. Das IISS drängt auf eine „durchsetzungsstärkere und proaktivere Haltung“, wobei sein Vorsitzender, Lord Mark Sedwill, erklärte, Großbritannien befinde sich im Krieg mit Russland. Der GLOBSEC-Bericht spricht von „Staatsterrorismus“.

Tatsächlich enthalten die Berichte jedoch, wie oben angemerkt, nur sehr wenige – wenn überhaupt – Belege, die die These „Russland befindet sich im Krieg mit Europa“ stützen.

Abgesehen von einer Handvoll Sabotageakte, die zu Verurteilungen geführt haben – auf die weiter unten eingegangen wird – und selbst dann wurden nur schwache Verbindungen zum russischen Staat hergestellt –, basieren praktisch alle in diesen Berichten erfassten Vorfälle ausschließlich auf unbegründeten Behauptungen westlicher Amtsträger, Sicherheitsdienste oder Medien, oft ohne Vorlage von Beweisen (wie wir sehen werden, gilt dies auch für offiziell Russland zugeschriebene Aktionen wie den Drohnenvorfall in Leipzig/Halle). Wie die Associated Press einräumt: „[i]st es oft schwierig, eine russische Beteiligung nachzuweisen, und der Kreml bestritt, eine Sabotagekampagne gegen den Westen zu führen. Doch immer mehr Regierungen schreiben Russland öffentlich Angriffe zu“. Dieses ständige Gerede von „möglichen“ oder „potenziellen“ russischen Angriffen erzeugt letztlich in der Öffentlichkeit den Eindruck einer unerbittlichen Kampagne gegen Europa, selbst wenn keine Beweise vorliegen. Wie Ivo Capaul von der ETH Zürich feststellte, bewirken die Medienberichterstattung und das politische Klima (was, wie ich hinzufügen möchte, völlig beabsichtigt ist) „kognitive Verzerrungen in Form einer Clustering-Illusion“ – das Erkennen von Mustern zwischen Datenpunkten, die nicht unbedingt miteinander verbunden sind oder in manchen Fällen gar nicht existieren.

Tatsächlich ist es erstaunlich, wie viele der vielfach berichtete Behauptungen über russische Sabotageakte bei einer grundlegenden Überprüfung im Sande verliefen. Einer der berüchtigtsten Fälle ereignete sich im September letzten Jahres, als weithin berichtet wurde (zunächst von der *Financial Times*), dass Russland das GPS von von der Leyens Flugzeug über Bulgarien „rücksichtslos“ gestört habe, wodurch die Piloten gezwungen waren, mithilfe von „Papierkarten“ zu landen, nachdem sie „eine Stunde lang über dem Flughafen gekreist“ hatten . NATO-Generalsekretär Mark Rutte deutete umgehend an, der Vorfall sei Teil eines umfassenderen Musters der „hybriden Kriegsführung“, zu dem auch „Cyberangriffe und das Durchtrennen von Unterseekabeln“ gehörten. Es folgte ein öffentlicher Aufschrei. Doch die Geschichte zerfiel innerhalb weniger Stunden: Ein Flugverfolgungsdienst wies nach, dass das Signal zu keinem Zeitpunkt verloren gegangen war und das Flugzeug tatsächlich nur 9 Minuten Verspätung hatte. Der bulgarische Ministerpräsident Rosen Zhelyazkov erklärte, es gebe keinen Ermittlungsbedarf. Dies war ein bedeutender Fall, in dem Behauptungen, die von Quellen aus dem Umfeld der Spitze der Europäischen Kommission verbreitet wurden, prominent als falsch entlarvt wurden, doch die aufgestellten Behauptungen wurden nie zurückgezogen oder klargestellt. Auch führten sie nicht zu einer breiteren Hinterfragung der Erzählung von der „russischen hybriden Kriegsführung“.

Doch dies war kein Einzelfall: Es gab unzählige Behauptungen über russische Sabotage oder hybride Aktivitäten, die von den Medien massiv aufgegriffen wurden, nur um anschließend widerlegt oder als falsch entlarvt zu werden – wobei Letzteres weitgehend unberichtet blieb. Im November 2024 wurde in den Medien ausführlich über eine Reihe von Vorfällen berichtet, bei denen Kabel in der Ostsee beschädigt wurden. Die Berichterstattung wurde dadurch angeheizt, dass europäische Entscheidungsträger die Vorfälle offen Russland zuschrieben, noch bevor die Untersuchungen abgeschlossen waren. Der Mangel an klaren Informationen löste öffentliche Spekulationen darüber aus, wer für die Vorfälle verantwortlich war und wie genau es dazu gekommen war. Finnische Behörden hielten ein Schiff fest, das im Verdacht stand, Teil der russischen „Schattenflotte“ zu sein, die zur Umgehung von Sanktionen eingesetzt wird, nachdem dieses und andere Kabel beschädigt worden waren. Schließlich stellte sich heraus, dass die Beschädigungen an den

Unterseekabeln in der Ostsee durch Schiffe unter der Flagge von Hongkong und China verursacht worden waren – nicht durch russische Schiffe. Der finnische Geheimdienst SUPO stellte fest, dass „die Zahl der Fälle von Kabelschäden in den letzten Jahren statistisch gesehen für die Ostsee durchaus typisch ist“. Auch diesmal gab es keine Entschuldigung seitens der europäischen Behörden für die falsche Behauptung.

Im selben Monat stürzte ein DHL-Flugzeug in Litauen ab. Mehrere europäische Amtsträger deuteten an, der Absturz könnte das Ergebnis russischer Sabotage gewesen sein, wobei diese Behauptungen in den westlichen Medien weitreichend aufgebauscht wurden. Noch am Tag des Absturzes, noch bevor irgendwelche Untersuchungen durchgeführt worden waren, erwähnte die damalige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock die Möglichkeit, es könne sich um einen „hybriden Vorfall“ handeln, wobei sie auf die kürzlich erfolgte Durchtrennung der Ostseekabel anspielte. General Carsten Breuer, der Chef der Bundeswehr, ging sogar noch weiter und deutete an, es könne sich um einen „Test“ Russlands gehandelt haben, um Schwachstellen auszuloten. Er sagte: „Wir hatten Anfang des Jahres eine ähnliche Situation, und nun ist etwas passiert, das in dieses Muster passt“, und dass der Kreml möglicherweise „Schwachstellen auslotet“. Einige Tage nach dem Absturz behauptete Sir Richard Moore, der damalige Chef des MI6, Russland habe in Europa eine „unfassbar rücksichtslose Sabotagekampagne“ gestartet. Im März 2025 ergaben umfassende Untersuchungen der Litauer, dass der Absturz durch einen Pilotenfehler verursacht wurde – eine Erkenntnis, über die bei weitem nicht so ausführlich berichtet wurde wie über die ursprünglichen Vorwürfe, das Flugzeug sei durch russisches Handeln zum Absturz gebracht worden. Erneut erwiesen sich schwerwiegende Anschuldigungen als nachweislich falsch, was Fragen hinsichtlich der allgemein verbreiteten Darstellung hätte aufwerfen müssen – doch das geschah nicht.

Eine ähnliche Situation spielte sich ab, als der Flughafen Heathrow in der Nähe von London am 21. März 2025 geschlossen wurde, nachdem ein Umspannwerk in Brand geraten war. Behauptungen, der Brand sei Teil einer Hybridkriegsführungskampagne gewesen, wurden weit verbreitet. Philip Ingram, ein ehemaliger Oberst des britischen Militärgeheimdienstes, wurde zitiert, er sagte, die Angriffe sähen aus wie etwas „direkt aus dem Spielbuch des russischen Militärgeheimdienstes“. Einige Monate später wurde die wahre Unfallursache bekannt gegeben, und sie erwies sich als weitaus banaler: Ein privatisiertes Stromversorgungsunternehmen hatte es versäumt, die Anlage ordnungsgemäß zu warten und zu modernisieren. Das gleiche Muster, bei dem Anschuldigungen den Tatsachen vorgreifen, war auch in anderen Fällen zu beobachten, von Sprengstoff, der in der Nähe einer NATO-Pipeline gefunden wurde, bis hin zu einem Loch im Zaun einer deutschen Wasseraufbereitungsanlage.

Ein ähnliches Muster lässt sich auch in der Hysterie um „russische Drohnen“ beobachten, die im vergangenen Jahr die Erzählung vom „hybriden Krieg“ dominiert hat. Insbesondere im Herbst 2025 kam es zu einem regelrechten Medienrummel um dieses Thema. Es wurden zahlreiche Berichte über Drohnensichtungen in ganz Europa veröffentlicht – in Deutschland, Polen, Frankreich, Norwegen, Litauen, Dänemark und anderen Ländern –, die oft zur Schließung von Flughäfen führten. Europäische Politiker, wie der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, beschuldigten Russland offen für die Drohnen. „Wir vermuten, dass Russland hinter den meisten dieser Drohnenflüge steckt“, sagte Merz nach Vorfällen am Münchner Flughafen,

ohne dafür Beweise vorzulegen. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und von der Leyen bezeichneten dies als „hybriden Krieg“. Der dänische Justizminister ging sogar so weit, die Situation mit dem 11. September zu vergleichen. Die Krise ereignete sich zu einer Zeit, als die europäischen Staats- und Regierungschefs in eine intensive Debatte über die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik verwickelt waren, nachdem US-Präsident Donald Trump die Militärlieferungen an die Ukraine (vorübergehend) eingestellt hatte. Tatsächlich ereigneten sich mehrere dieser Sichtungen kurz vor einem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im Oktober 2025 in Kopenhagen, bei dem die Finanzierung einer „Drohnenmauer“ und anderer Verteidigungsmaßnahmen ganz oben auf der Tagesordnung stand.

Praktisch alle Sichtungen von „russischen Drohnen“ erwiesen sich jedoch bald als unbegründet. Der Drohnenvorfall, der zur Schließung des Frankfurter Flughafens führte, wurde verursacht von einem 41-jährigen „Amateur-Drohnenpiloten“. Die Schließung des größten litauischen Flughafens, so stellte sich heraus, war nicht auf russische Drohnen zurückzuführen, sondern auf Heißluftballons, die von Zigarettenschmugglern genutzt wurden. In einem besonders auffälligen Fall wurde berichtet, dass laut dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk der polnische Staatssicherheitsdienst eine Drohne über dem Präsidentenpalast unschädlich gemacht habe und dass der polnische Präsident die NATO um Unterstützung gebeten habe. Doch die Darstellung des Ministerpräsidenten war falsch und wurde später korrigiert; einer der Festgenommenen war ein junger Ukrainer, die andere Person seine 17-jährige belarussische Freundin. Jacek Dobrzynski, Sprecher des Ministers für die Koordination der Sonderdienste, wies kurz darauf gegenüber *Euronews* jegliche Gerüchte zurück, es handele sich um eine Spionageoperation: „Wir weisen Gerüchte zurück, dass es sich um eine groß angelegte Spionageoperation handelt. Es handelt sich um junge Menschen, vielleicht war es Unachtsamkeit, vielleicht Unwissenheit, vielleicht wollten sie einen Film drehen.“

Tatsächlich ergab eine Untersuchung der niederländischen Zeitung *Trouw*, dass es bei fast 60 weiteren Vorfällen „viel Panik und kaum Anhaltspunkte für eine russische Beteiligung“ gab. Die Beweislage bei 41 der Drohnen-Sichtungen blieb unklar. Darüber hinaus gab es 14 Fälle, in denen andere Flugobjekte (Zivilflugzeuge, Vögel) fälschlicherweise für Drohnen gehalten wurden, und in drei Fällen handelte es sich um zivile „Hobby“-Drohnen, die von Privatpersonen gesteuert wurden. So verwechselten Menschen in Belgien (kleine) Flugzeuge und Hubschrauber mit Drohnen, während es sich bei den Flugobjekten in Südlimburg und Billund (Dänemark) um Sterne handelte. Untersuchungen in Dänemark, Belgien und Norwegen kamen zu ähnlichen Ergebnissen: In den meisten Fällen handelte es sich bei den Drohnen-Sichtungen um ungenaue und unbestätigte Meldungen, die sich als Flugzeuge, Hubschrauber oder Satelliten herausstellten; es wurden keine Hinweise darauf gefunden, dass diese in irgendeiner Weise mit Russland in Verbindung standen.

In jüngerer Zeit gab es ähnliche Fälle. Mitte September wurde ein NATO-Kampfflugzeug nach einer möglichen Drohnensichtung im litauischen Luftraum alarmiert – doch es stellte sich heraus, dass es sich um einen Vogelschwarm handelte. Nur wenige Tage zuvor hatte der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre behauptet, Selenskys Flugzeug sei beim Start aus Moldawien auf dem Weg nach Oslo „beinahe von einer Drohne getroffen“ worden. Offizielle Berichte

moldawischer Behörden und Quellen aus dem ukrainischen Präsidialamt klärten jedoch später auf, was tatsächlich geschehen war: Die fragliche Drohne kam dem Flughafen nie nahe; sie stürzte etwa 160 Kilometer entfernt in der Nähe der moldauisch-ukrainischen Grenze ab. Und so verschwand die Geschichte still und leise aus den Schlagzeilen, ohne Richtigstellungen oder Entschuldigungen – doch die Mainstream-Presse, die sich mittlerweile permanent in einer Art „Dritten-Weltkriegs-Bereitschaft“ befindet, hatte ihr Ziel bereits erreicht: mit dem Finger auf Moskau zu zeigen und eine neue Welle der Panik zu schüren.

Moldauische Behörden und Sicherheitsexperten erklärten später, dass die Drohne tatsächlich russischen Ursprungs war. Auch wenn wie immer keine unabhängige Überprüfung möglich war, ist dies nicht unwahrscheinlich. Es passt in ein Muster. Es gab eine Handvoll Vorfälle – in Rumänien, Moldau und Polen –, bei denen bestätigt wurde, dass russische Drohnen tatsächlich in den Luftraum dieser Länder eingedrungen waren. Doch in praktisch allen Fällen ereigneten sich diese Luftraumverletzungen nahe der Grenze dieser Länder zur Ukraine, während russischer Angriffe auf nahegelegene ukrainische Ziele, und handelte es sich daher höchstwahrscheinlich um „verirrte“ Drohnen – also Drohnen, die vom Kurs abkamen, möglicherweise aufgrund ukrainischer Störmaßnahmen gegen Drohnen. Mit anderen Worten: Sie wirken viel eher wie ein Überlauf des Krieges im Nachbarland als wie eine Kampagne gezielter Einflüge.

Dies gilt auch für die russische Marschflugrakete, die im Juli auf einem Feld in Polen abstürzte, wahrscheinlich weil sie entweder eine Fehlfunktion hatte oder durch Störsignale vom Kurs abgebracht wurde. Selbst der polnische Ministerpräsident Tusk betonte später, dass „es keinen Grund zu der Annahme gibt, dass Polen das beabsichtigte Ziel dieser Rakete war“. Unterdessen sorgen auch Meldungen darüber, dass russische Kampfflugzeuge gelegentlich in den estnischen Luftraum eindringen – manchmal nur für wenige Sekunden –, derzeit für großes Medieninteresse. Tatsächlich ereignen sich diese Vorfälle meist in der Nähe eines schmalen Streifens internationalen Luftraums über dem Finnischen Meerbusen, wo es sehr leicht ist, versehentlich in den estnischen Luftraum zu geraten, und sie finden schon seit Jahren statt.

Der bislang jüngste Vorfall ereignete sich am 15. September in Litauen, als eine Drohne aus Weißrussland in den Luftraum des Landes eindrang und in Zentrallitauen abgeschossen wurde. Der litauische Präsident selbst erklärte, der Vorfall sei höchstwahrscheinlich kein absichtlicher Angriff auf Litauen gewesen. „Höchstwahrscheinlich handelte es sich um eine für die Ukraine bestimmte russische Drohne, die durch ukrainische Maßnahmen der elektronischen Kriegsführung vom Kurs abgebracht wurde und in unser Hoheitsgebiet eindrang, wo sie abgeschossen wurde“, sagte er. Tatsächlich stammen die „Verirrten“ nicht nur aus Russland. Im März und Mai stürzten mehrere ukrainische Drohnen in Finnland, Lettland und den anderen baltischen Staaten während der ukrainischen Fernangriffe auf russische Ölinfrastruktur ab, möglicherweise aufgrund russischer elektronischer Kriegsführung. Russland seinerseits wies die Vorwürfe zurück – und beschuldigte die baltischen Staaten bzw. die NATO, ukrainischen Drohnen aktiv die Nutzung ihres Luftraums für Angriffe auf Russland zu gestatten, und stellte dies als NATO-Aggression dar. In einem Fall trafen die Drohnen Ölinfrastruktur in Lettland, was den Rücktritt sowohl des lettischen Ministerpräsidenten als auch des Verteidigungsministers zur Folge hatte, obwohl die Geschichte kaum Schlagzeilen machte.

Es gibt jedoch zwei Vorfälle (angeblich) mit russischen Drohnen weit entfernt von der ukrainischen Grenze: den Vorfall im September 2025 in Polen und natürlich den „gescheiterten Drohnenangriff“ auf den Flughafen Leipzig/Halle im August, auf den weiter unten eingegangen wird. In der Nacht vom 9. auf den 10. September 2025 behauptete Polen, mehrere russische Drohnen abgeschossen zu haben, die in seinen Luftraum eingedrungen waren – in einigen Fällen fast 300 Kilometer tief ins Landesinnere –, wobei die Luftabwehr der NATO an der Reaktion beteiligt war. Dies geschah inmitten der laufenden polnischen, litauischen und NATO-Manöver, an denen 30.000 polnische Soldaten beteiligt waren, und kurz vor den bevorstehenden russisch-weißrussischen „Zapad 2025“-Manövern. Einige vermuten daher, dass es sich entweder um eine absichtliche Provokation Russlands oder um eine verpfuschte Aufklärungsmission handelte, aber es könnte auch auf eine Störmaßnahme der NATO zurückzuführen sein. Zudem wurde ein polnisches Haus schwer beschädigt. Bilder des schwer beschädigten Hauses wurden weltweit als Beweis für Russlands dreisten Angriff im Rahmen der allerersten direkten Konfrontation zwischen der NATO und Moskau ausgestrahlt. Später stellte sich jedoch heraus, dass das Haus von einer Rakete getroffen worden war, die von einer polnischen F-16 abgefeuert worden war, und nicht von einer russischen Drohne, wie die Regierung in Warschau zunächst behauptet hatte. Auf jeden Fall räumten sogar westliche Geheimdienstmitarbeiter gegenüber CNN „hinter verschlossenen Türen“ ein, dass der russische Vorstoß wahrscheinlich nicht absichtlich erfolgte und dass die Flugbahnen darauf hindeuteten, dass die Drohnen aufgrund von Gegenmaßnahmen der elektronischen Kriegsführung die Orientierung verloren hatten.

Es gibt einen bedeutenden Drohnenvorfall – wohl den bislang wichtigsten hinsichtlich seiner politischen Auswirkungen –, der noch erörtert werden muss: den Vorfall in Leipzig/Halle. Am 5. August gab das deutsche Innenministerium bekannt, dass Mitarbeiter des Flughafens Leipzig/Halle – eines wichtigen Frachtdrehkreuzes, das seit 2022 auch zu einem zentralen Logistikzentrum für die NATO und für Lieferungen in die Ukraine geworden ist sowie Deutschlands wichtigstem Drehkreuz für Flüge in dieses Land – am Vorabend eine kleine Drohne auf dem Rollfeld in der Nähe eines geparkten ukrainischen Antonov-Frachters entdeckt hatten, die angeblich eine Sprengladung und einen Zünder an Bord hatte. Die Ladung ging nicht hoch, und Ermittler gaben an, der Sprengkörper sei entschärft worden. Etwa zur gleichen Zeit kollidierte Berichten zufolge ein sich dem Flughafen näherndes DHL-Frachtflugzeug in der Luft mit einer zweiten Drohne, obwohl keine Trümmer gefunden wurden – möglicherweise, weil diese in den Triebwerken zerstört wurden. Etwa drei Wochen nach dem Anschlag fanden Ermittler eine weitere Drohne auf einem Feld in Kabelsketal, einem an den Flughafen angrenzenden Gebiet in Sachsen-Anhalt, die möglicherweise militärischen Sprengstoff geladen hatte.

Am 1. September machte die deutsche Regierung Russland offiziell für den Vorfall verantwortlich und erklärte, dass Geheimdienstinformationen darauf hindeuten, dass „Personen beteiligt waren, die im Auftrag russischer staatlicher Stellen handelten“. Am folgenden Tag berichteten deutsche Medien, dass die Bundesanwaltschaft gegen zwei Verdächtige ermittele – einen Weißrussen und einen Russen, von denen mindestens einer angeblich Verbindungen zu einem (nicht namentlich genannten) russischen Geheimdienst habe –, was jedoch nicht offiziell bestätigt wurde. Bislang wurde niemand festgenommen oder gar angeklagt. Am selben Tag kündigte Deutschland zudem die Schließung des russischen Konsulats in Bonn – Moskaus letztem verbliebenen Konsulat im Land – sowie des „Russischen Hauses“ in Berlin

an – eine weitere Einschränkung der ohnehin schon minimalen diplomatischen Beziehungen.

Russland bestritt eine Beteiligung am Vorfall in Leipzig; Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte zuvor die Behauptungen über eine russische Sabotagekampagne in Europa als „haltlos und vergänglich“ bezeichnet . Doch innerhalb weniger Stunden nach der Ankündigung der deutschen Regierung – noch bevor ein Verdächtiger öffentlich identifiziert oder Beweise veröffentlicht worden waren – stellten sich die Staats- und Regierungschefs der NATO, der EU und der einzelnen Länder geschlossen hinter Deutschland, in einer choreografierten Solidaritätsbekundung, die auf eine sorgfältige Vorabkoordination hindeutete. Sie alle gaben nahezu identische Erklärungen ab, in denen sie ihre „volle Solidarität“ mit Deutschland zum Ausdruck brachten und Russland vorwarfen, einen „hybriden Angriff“ durchgeführt und sich sogar des „staatlich geförderten Terrorismus“ schuldig gemacht zu haben, wie Kaja Kallas es nannte. „Die Beweislage ist eindeutig“, sagte NATO-Generalsekretär Mark Rutte.

Tatsächlich hatten die deutschen Behörden zu diesem Zeitpunkt weder der Öffentlichkeit noch – wie es den Anschein hat – anderen EU-Regierungen konkrete Beweise vorgelegt. Vielmehr hatte Innenminister Alexander Dobrindt lediglich erklärt: „Insgesamt belegen polizeiliche Ermittlungen, die Muster der Straftaten und Erkenntnisse der Nachrichtendienste die russische Verantwortung für den versuchten Anschlag am Flughafen Leipzig“, und fügte hinzu, dass „die zur Durchführung der Tat verwendeten Mittel“ des Sabotageaktes in Leipzig – und er zählte die Konfiguration der Drohne, verschiedene verwendete Komponenten und Sprengstoffe auf – „uns aus anderen hybriden Operationen Russlands und seinem Krieg gegen die Ukraine bekannt sind“. Doch das sind keine Beweise; es handelt sich um die Beschreibung einer Einschätzung – einer, von der erwartet wurde, dass die Öffentlichkeit sie für bare Münze nimmt.

Selbst etablierungsnahe Stimmen und Medien haben Zweifel geäußert. „Die deutsche Regierung behauptet nun, dass die Vorgehensweise sowie die Erkenntnisse von Polizei und Geheimdiensten auf Russland als Täter hindeuten“, sagte Johannes Varwick, Professor für Internationale Beziehungen und Europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg, gegenüber Camille Schyns, Autorin einer der seltenen skeptischen Betrachtungen der offiziellen Darstellung, die (zu meiner Überraschung, wie ich zugeben muss) im *EUobserver* veröffentlicht wurde. „Das mag plausibel sein, aber es gibt offensichtlich keine Beweise – zumindest keine, die veröffentlicht wurden, nicht einmal in qualifizierter oder indirekter Form“, sagte Varwick. Nachfolgende Medienberichte lieferten einige Details – die Art des Sprengstoffs, eine angebliche DNA-Spur –, doch diese wurden von den Behörden nicht bestätigt, sodass der Öffentlichkeit eine Reihe sich teilweise überschneidender anonymer Indiskretionen blieb, die jeweils Sicherheitskreisen zugeschrieben wurden. Angesichts der bisherigen Bilanz der EU und der NATO in Bezug auf die „russische Hybridkriegsführung“ und ihres Musters, unbegründete Behauptungen gegen Russland aufzustellen – von denen einige später stillschweigend widerlegt und viele weitere nie belegt wurden –, scheint ein gewisses Maß an Skepsis angebracht. Tatsächlich haben sowohl die AfD als auch die linkspopulistische BSW das Fehlen von Beweisen in Frage gestellt, als die Berliner Regierung ihre Anschuldigung vorbrachte.

Angesichts der möglichen Konsequenzen einer offenen Anschuldigung Russlands, einen Terroranschlag in Deutschland verüben zu wollen, ist das Mindeste, was die deutschen Behörden tun können, der Öffentlichkeit stichhaltige Beweise vorzulegen; andernfalls könnten die Menschen versucht sein, Maria Sacharowa, der Sprecherin des russischen Außenministeriums, zuzustimmen, die erklärte, dass Beweise für eine russische Verantwortung „einfach nicht existieren und nicht existieren können". Bis dahin sollte der Vorfall in Leipzig/Halle als eine weitere unbegründete Behauptung westlicher Regierungen betrachtet werden, die von den Medien aufgegriffen wird und die die Öffentlichkeit einfach ungeprüft hinnehmen soll.

Die Behandlung des Vorfalls durch die deutsche Regierung ähnelte stark der Reaktion der polnischen Behörden auf die Sabotageakte im November 2025, als zwei Sprengkörper Abschnitte der Strecke Warschau–Lublin beschädigten. Der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski bezeichnete die Tat sofort als russischen „Staatsterrorismus", während Ministerpräsident Tusk den Vorfall als „wahrscheinlich den schlimmsten Angriff auf die Staatssicherheit seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine" bezeichnete und betonte, dass „eine Grenze überschritten wurde". Innerhalb von nur 70 Stunden hatten die polnischen Sicherheitskräfte zwei Verdächtige identifiziert, die angeblich für beide Anschläge verantwortlich waren und bereits nach Weißrussland geflohen waren – laut Tusk handelte es sich bei beiden um Ukrainer „mit langjähriger Zusammenarbeit mit dem russischen Geheimdienst". Ein dritter Ukrainer wurde daraufhin festgenommen, doch der Fall ist noch nicht vor Gericht gekommen. Der „schlimmste Angriff" auf die Sicherheit Polens seit Jahren scheint schnell in Vergessenheit geraten zu sein.

Ein weiterer Punkt, der kurz erwähnt werden sollte, ist die angebliche informative Dimension des vermeintlichen hybriden Krieges Russlands. Uns wird erzählt, dass Russland seit Jahren eine massive Einfluss- und Desinformationskampagne betreibt, die darauf abzielt, hilflose europäische Wähler zu manipulieren; tatsächlich ist es mittlerweile in ganz Europa gang und gäbe, praktisch jedes unwillkommene Wahlergebnis – einschließlich des jüngsten isländischen EU-Referendums – auf russische Einmischung zurückzuführen. Doch gerade in diesem Bereich sind die Beweise wohl am spärlichsten – und die Folgen am dramatischsten. Sie hat die Grundlage für die Einführung von Zensurinstrumenten wie dem Digital Services Act (DSA) und für zunehmend allgegenwärtige Instrumente zur „Wahlintegrität" wie dem „Democracy Shield" geschaffen, die es der EU in der Praxis ermöglichen, unter dem Deckmantel der Bekämpfung russischer Einmischung immer stärker in nationale Wahlen einzugreifen.

Rumänien stellt den eklatantesten Fall dar. Im November 2024 ging der unabhängige, euroskeptische und NATO-kritische Kandidat Călin Georgescu überraschend als Sieger aus der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen hervor. Bevor die Stichwahl stattfinden konnte – bei der er laut Umfragen einen komfortablen Sieg erringen würde –, erklärte das Verfassungsgericht das Ergebnis in einem beispiellosen Schritt für ungültig und berief sich dabei auf angebliche russische Einmischung – konkret auf eine Social-Media-Kampagne auf TikTok zur Unterstützung von Georgescu. Es wurden jedoch niemals Beweise vorgelegt. Tatsächlich interne Dokumente, die später vom Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses beschafft wurden, zeigten, dass TikTok die Kommission ausdrücklich darüber informiert hatte, dass es „keine Beweise" für ein koordiniertes Netzwerk gefälschter Accounts gefunden habe. Dennoch schloss die Wahlbehörde

Georgescu anschließend gänzlich von der Teilnahme an der Wiederholung der Wahl aus.

Wie wir bisher gesehen haben, unterscheidet sich das Bild, das sich bei genauerer Betrachtung abzeichnet, erheblich von dem, das von Europas Politikern und Medien gezeichnet wird. Viele der am meisten publik gemachten Fälle vermeintlicher russischer „ hybriden Kriegsführung“ – von der Leyens gestörtes Flugzeug, die Kabelunterbrechungen im Baltikum, der DHL-Absturz in Vilnius, der Brand in Heathrow, die Welle von Drohnensichtungen, die im Herbst 2025 über Europa hinwegfegte, die rumänische TikTok-Kampagne – erwiesen sich als von den Medien hochgespielte Spekulationen, die bei einer grundlegenden Überprüfung zusammenbrachen, wobei die Rücknahmen, sofern es welche gab, nur einen Bruchteil der Berichterstattung erhielten, die den ursprünglichen Vorwürfen gewidmet war. Viele andere Fälle wurden schlichtweg nie belegt. Wo russische Drohnen nachweislich in den NATO-Luftraum eindrangen, geschah dies fast immer in der Nähe der ukrainischen Grenze während Angriffen auf nahegelegene ukrainische Ziele und höchstwahrscheinlich versehentlich – eher ein Nebenprodukt des Krieges im Nachbarland als eine gezielte Kampagne gegen Europa. Und selbst im Fall von Leipzig/Halle, dem bislang politisch folgenreichsten Vorfall, hat die deutsche Regierung bislang noch keine konkreten Beweise für eine russische Verantwortung veröffentlicht.

Letztendlich bleibt, wenn man alle spekulativen, unbewiesenen oder schlichtweg nicht existierenden „Vorfälle“ beiseitelässt, nur eine Handvoll Fälle nachweisbarer Sabotage übrig. Von den Hunderten von Vorfällen, die Russland zugeschrieben werden, haben nur wenige zu Verurteilungen geführt – und selbst in diesen Fällen wurde der Zusammenhang zum russischen Staat selten nachgewiesen. Die Gerichte haben untergeordnete, meist bezahlte Rekruten verurteilt; Beweise dafür, wer die Befehle erteilt hat, wurden entweder nie vor Gericht geprüft, beruhten auf Schuldbekenntnissen oder gingen nicht über den Kontakt zu anonymen Anweisern auf Telegram hinaus. In keinem Fall wurde ein russischer Amtsträger identifiziert, geschweige denn vor Gericht gestellt.

Polen hat die meisten Verurteilungen erzielt, darunter 14 Mitglieder eines Netzwerks, das 2023 Hilfsgüterzüge in die Ukraine entgleisen lassen wollte, sowie drei Ukrainer, die 2025 wegen Zugehörigkeit zu einer Sabotagegruppe verurteilt wurden. Doch Anklagen wegen des berüchtigtsten Brandes, der dieser Gruppe zugeschrieben wird, im Warschauer Einkaufszentrum „Marywilska“, wurden erst im April 2026 erhoben, und die Staatsanwaltschaft räumt ein, dass weder der Brandstifter noch der mutmaßliche Drahtzieher, der den Anschlag von Russland aus angeordnet haben soll, identifiziert wurden.

Der Fall, der am häufigsten als Beweis für eine russische Paketbomben-Kampagne angeführt wird, ist noch undurchsichtiger: Im Juli 2026 verurteilte ein Gericht Igor Rogov, einen ehemaligen Wahlkampfmitarbeiter von Nawalny, dem in Polen Asyl gewährt worden war, zu sieben Jahren Haft, weil er für den FSB, Russlands wichtigsten Sicherheitsdienst, russische Exilanten ausspioniert und an einem 2024 abgefangenen Sprengstoffpaket mitgewirkt haben soll. Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt – und laut einigen Berichten könnte Rogov tatsächlich Teil einer ukrainischen Geheimdienstoperation gewesen sein, bei der Sprengstoffkomponenten nach Russland geschmuggelt wurden.

Auch anderswo wiederholt sich das Muster. In Litauen bekannte sich ein ukrainischer Teenager schuldig, die Brandstiftung im IKEA-Geschäft in Vilnius begangen zu haben, während die Ermittlungen darüber, wer den Auftrag erteilt hatte, weitergehen. In Estland erfolgte die Verurteilung eines Aktivisten wegen der Organisation eines Anschlags auf das Auto des Innenministers im Auftrag des GRU, des russischen Militärgeheimdienstes, ohne öffentliche Anhörung. In London wurden die Männer, die ein Lagerhaus mit Starlink-Ausrüstung für die Ukraine in Brand gesteckt hatten, wegen Handlungen im Auftrag der Wagner-Gruppe verurteilt, doch die Beweise deuteten auf einen über Telegram kontaktierten Anführer hin, nicht auf eine identifizierbare staatliche Stelle. Ein Kolumbianer, der für versprochene 3.000 Dollar Busse in Prag in Brand gesetzt hatte, wurde im Rahmen eines Plädoyerabkommens verurteilt, bei dem nie geklärt wurde, wer hinter seinem Telegram-Kontakt stand.

Deutschlands einziger abgeschlossener Prozess ist aufschlussreich. Im August stellte das Stuttgarter Gericht fest, dass eine russische staatliche Stelle hinter den mit GPS-Trackern versehenen Paketen stand, die in Richtung Ukraine verschickt wurden, angeblich um Ziele und Transportwege für Sabotageakte auszukundschaften. Die Bundesanwaltschaft hatte behauptet, dass Pakete mit Brandvorrichtungen folgen sollten, doch der mutmaßliche Brandstiftungsplan konnte nicht bewiesen werden. Von den drei ukrainischen Angeklagten wurde ein Kurier verurteilt und erhielt eine Strafe, die er bereits verbüßt hatte; die anderen beiden wurden freigesprochen. Das gleiche Muster gilt für den Fall, der in westlichen Hauptstädten am häufigsten als Beweis für Russlands „Hybridkrieg“ angeführt wird: die Brandpakete, die im Juli 2024 in Kurierzentren in Birmingham, Leipzig und in der Nähe von Warschau im Juli 2024 in Brand gerieten. Die Ermittler gehen davon aus, dass die Pakete – die aus Litauen verschickt wurden und Sexspielzeug, Kosmetika sowie Massagekissen enthielten, die mit selbstgebauten Vorrichtungen auf Magnesiumbasis ausgestattet waren – ein vom GRU gelenkter „Probelauf“ für Anschläge auf Frachtflüge nach Nordamerika waren. Es folgten Festnahmen in Polen und Litauen, und mehrere Verdächtige wurden angeklagt, im Auftrag des russischen Geheimdienstes gehandelt zu haben. Anfang 2026 begannen sowohl in Warschau als auch in Vilnius formelle Terrorismusprozesse, in denen die Staatsanwaltschaft nachweisen will, dass die Operation vom russischen Militärgeheimdienst orchestriert wurde.

Insgesamt zeigen diese Fälle, dass tatsächlich einige echte Sabotageakte stattgefunden haben; doch während Geheimdienste in westlichen Hauptstädten dazu neigen, diese hybriden Aktivitäten Russland zuzuschreiben, offenbaren die tatsächlichen Beweise, die vor europäischen Gerichten geprüft werden, oft eine operative Realität auf deutlich niedrigerer Ebene: bezahlte Stellvertreter, anonyme digitale Drahtzieher und zweideutige Operationen, die selten dazu führen, dass nachweisbare Verbindungen zum russischen Staat hergestellt werden können. Doch selbst wenn Russland hinter jedem einzelnen dieser Fälle stünde, würden wir immer noch von höchstens einigen Dutzend Vorfällen pro Jahr sprechen – keiner davon mit tödlichem Ausgang und mit Schäden, die zwar manchmal schwerwiegend sind, sich jedoch auf einzelne Standorte beschränken. Ein echtes Problem der Spionageabwehr vielleicht, falls es überhaupt existiert; aber kaum die existenzielle Bedrohung oder der anhaltende, umfassende hybride Krieg, auf den sich europäische Staats- und Regierungschefs regelmäßig berufen – und nicht einmal ansatzweise vergleichbar mit der anhaltenden Kampagne von Drohnenangriffen, die NATO-Staaten tief im Inneren Russlands ermöglichen, auch gegen zivile Ziele,

indem sie der Ukraine nachrichtendienstliche Informationen und Satellitenunterstützung zur Verfügung stellen, und zunehmend auch die Drohnen selbst sowie Langstreckenraketen (mehr dazu weiter unten).

Doch die vielleicht klaffendste Lücke in dieser Darstellung ist die Tatsache, dass es in den letzten Jahren tatsächlich einen sehr schweren Angriff auf die europäische Infrastruktur gegeben hat – dieser wurde jedoch nicht von Russland verübt, sondern, nach Angaben der deutschen Staatsanwaltschaft selbst, von der Ukraine. Ich beziehe mich natürlich auf den Nord-Stream-Bombenanschlag von 2022. Ob man nun glaubt, dass der Anschlag tatsächlich von einer allein handelnden ukrainischen Gruppe verübt wurde, oder dass die Ukraine dazu benutzt wird, die Aufmerksamkeit von der Rolle der USA und der NATO bei der Sabotage abzulenken, ist nebensächlich (persönlich neige ich zur letzteren Erklärung). Auch eine eingehende Analyse der Sabotage selbst gehört nicht in den Rahmen dieses Artikels. Für die vorliegende Diskussion ist entscheidend: Selbst wenn wir die offizielle Darstellung als wahr annehmen – dass es sich um eine ausschließlich ukrainische Operation handelte – die Reaktion der deutschen und anderer EU-Regierungen dennoch schockierend bleibt: Das Land, das offiziell beschuldigt wurde, den schlimmsten Fall von Industrieterrorismus in der Geschichte Europas verübt zu haben – in einem Komplott, das laut Medienberichten auf höchster Ebene innerhalb des ukrainischen Staates ausgeheckt wurde –, wurde weder mit Sanktionen belegt noch einer politischen Konfrontation ausgesetzt; im Gegenteil, ihm wurde unbefristete finanzielle und militärische Unterstützung zugesagt und es wurde mit Hunderten von Milliarden Euro überschüttet. Unterdessen wurde der Anschlag selbst schnell unter den Teppich gekehrt – doch nicht, bevor die westlichen Medien absurderweise versuchten, Russland die Schuld für den Anschlag in die Schuhe zu schieben.

Neben der Nord-Stream-Sabotage gibt es den Fall der Bombe, die im Juni am Eingang eines Wohnhauses in Monaco explodierte und einen mit Russland verbundenen ukrainischen Magnaten sowie Mitglieder seiner Familie schwer verletzte. Die mutmaßliche Attentäterin, eine Ukrainerin, floh zurück in die Ukraine, wo sie wenige Tage später erschossen aufgefunden wurde. Obwohl der ukrainische Staat nicht offiziell in den Fall verwickelt wurde, gestand ein aktiver Offizier des ukrainischen Militärgeheimdienstes zunächst den Mord an ihr (auch wenn er sein Geständnis später widerrief). Doch auch dieser Anschlag verschwand schnell aus den Schlagzeilen. Es ist nicht schwer vorstellbar, wie Europas Politiker und Medien reagiert hätten, wäre der betreffende Offizier dem russischen GRU angehört.

Letztendlich kann eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Narrativ der „russischen hybriden Kriegsführung“ nur zu einer beunruhigenden Schlussfolgerung führen. Gegen Europa wird tatsächlich ein „hybrider Krieg“ geführt – aber er wird vom EU-NATO-Establishment selbst gegen die eigene Bevölkerung geführt. Die Europäer sind einer anhaltenden Kampagne kognitiver oder psychologischer Kriegsführung ausgesetzt, die darauf abzielt, sie dazu zu konditionieren, zu glauben, dass Europa von Russland angegriffen wird und dass diese hybriden Angriffe ein Vorspiel für konventionelle Feindseligkeiten sind – eine Behauptung, für die es im Großen und Ganzen kaum oder gar keine Beweise gibt. Was die Fakten tatsächlich nahelegen, ist eine gezielte Kampagne der Übertreibung von Bedrohungen, in der Regierungen, Medien und vom Verteidigungssektor finanzierte „Thinktanks“ sich zusammengetan haben, um der Bevölkerung durch unerbittliche Berichterstattung über „Vorfälle“, „Angriffe“ , „Sabotageakte“ und „Kampagnen“, die in den meisten Fällen schlichtweg

nicht existieren. Wie Mihail Evans, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien des New Europe College in Bukarest, schrieb:

Wenn eine offiziell propagierte Erzählung vom Großteil der Medien nicht hinterfragt, sondern sogar aktiv unterstützt wird, befinden wir uns in einer ziemlich ungewöhnlichen Situation. Ähnliches geschah während der Pandemie, und man könnte vermuten, dass die damals ausgefeilten Techniken der Mediensteuerung nun für andere Zwecke umfunktioniert wurden. In beiden Fällen wird versucht, die Wahrnehmung und das Verhalten der Öffentlichkeit in erster Linie durch Angst zu beeinflussen. [...] Nachdem wir die schwache Grundlage für Behauptungen über einen „hybriden Krieg" unter die Lupe genommen haben, könnten wir vermuten, dass tatsächlich ein „Drehbuch" am Werk ist – allerdings eines, das von der NATO und der EU gesteuert wird.

Tatsächlich reicht diese psychologische Beeinflussung weit über die Nachrichtenseiten hinaus. Man denke beispielsweise an den fast zeitgleichen Kinostart zweier Spielfilme in Großbritannien und Frankreich, die sich beide um einen Konflikt zwischen der NATO und Russland drehen. In der im letzten Monat erschienenen Sky-Original-Dokudrama-Miniserie *The Wargame* müssen reale Politiker wie Michael Gove und Nicola Sturgeon in Echtzeit auf einen simulierten russischen Angriff auf britischem Boden reagieren; währenddessen muss in dem französischen geopolitischen Thriller *Jupiter*, der im November in die Kinos kommt, muss ein neu gewählter französischer Präsident entscheiden, ob er als Reaktion auf ein nukleares Ultimatum Russlands an die Ukraine einen einseitigen Atomangriff auf Russland starten soll. Zwei Filme machen noch keine Verschwörung, aber sie zeigen, wie tiefgreifend die Vorstellung eines Krieges mit Russland aus dem Sicherheitsestablishment in die Mainstream-Unterhaltung übergegangen ist.

Es gibt mehrere Gründe, warum das EU-NATO-Establishment ein Interesse daran haben könnte, die russische Bedrohung maßlos aufzubauschen. Zum einen gibt es in vielen europäischen Ländern erheblichen und wachsenden Widerstand gegen den endlosen Krieg in der Ukraine – gegen die riesigen Summen, die nach wie vor in das Land gepumpt werden, und gegen die wirtschaftlichen Kosten des Krieges – sowie gegen die umfassendere Aufrüstungsoffensive der EU und der NATO, die nach eigenem Eingeständnis der europäischen Staats- und Regierungschefs schmerzhafte Einschnitte im Sozialstaat erfordern wird. Wenn die Europäer beobachten, wie die russischen Streitkräfte auch nach mehr als vier Jahren noch darum kämpfen, über die Ostukraine hinaus vorzudringen, könnten sie sich durchaus fragen, warum solche Summen für die Verteidigung des Kontinents gegen ein Land ausgegeben werden sollen, das weder die Fähigkeit noch eine offensichtliche Absicht gezeigt hat, ihn anzugreifen. „Hier kommt das Konzept eines ‚hybriden Krieges' ins Spiel", argumentiert Evans. „Sie ermöglicht es den Befürwortern höherer Verteidigungsausgaben zu behaupten, Russland greife europäische Nationen auf unkonventionelle Weise an, und anzudeuten, dass eine solche verdeckte Aggression jederzeit in offene Feindseligkeiten übergehen könnte."

Eine Reihe angesehener Wissenschaftler im Bereich der internationalen Beziehungen hat angedeutet, dass genau dies tatsächlich geschieht. Ein Bericht vom Februar 2025 für das Lettische Institut für Internationale Angelegenheiten von Galvin Wade – einem ehemaligen Direktor für Russland-, Baltikum- und Kaukasus-Angelegenheiten im US-Nationalen Sicherheitsrat – behauptet, dass die Verwendung

des „vagen Schlagworts“ des hybriden Krieges „ebenso sehr von der Notwendigkeit getrieben ist, schwindende Verteidigungshaushalte und den nachlassenden Zusammenhalt der NATO anzukurbeln, wie von der Analyse des Verhaltens Moskaus“ . Tatsächlich nutzte der EU-Kommissar für Verteidigung, Andrius Kubilius, Ende 2025 die (später widerlegte) Panikmache um „russische Drohnen“, um für verstärkte Fähigkeiten zur Drohnenabwehr zu plädieren. „Ganz Europa ist bedroht“, sagte er und fügte hinzu: „Russische Drohnen können Belgien, die Niederlande, Frankreich und weitere Länder angreifen. Von Schiffen aus können Drohnen alle Küsten Europas ins Visier nehmen. Alle Mitgliedstaaten benötigen Fähigkeiten zur Erkennung von Drohnen“.

Es hat funktioniert. Wie Schyns feststellte, haben Sabotagevorwürfe zu Erhöhungen der Verteidigungshaushaltsmittel geführt, darunter ein Paket der Europäischen Kommission in Höhe von 250 Millionen Euro für „Drohnen- und Drohnenabwehrfähigkeiten“. Im Sommer 2026 sagten die NATO-Staaten 40 Milliarden Dollar (rund 35 Milliarden Euro) für denselben Zweck zu. Das bedeutet, dass auch der militärisch-industrielle Sektor ein großes Interesse daran hat, die Bedrohung durch Russland aufzubauschen. Wie bereits erwähnt, haben viele der Thinktanks, die das Narrativ des „hybriden Krieges“ vorantreiben, wie beispielsweise das IISS, das CSIS und GLOBSEC, finanzielle Verbindungen zu amerikanischen und europäischen Rüstungsherstellern, die direkt vom Krieg in der Ukraine profitieren – und von einer übertriebenen Wahrnehmung der Bedrohung, die Russland für Europa darstellt. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine verzeichnen amerikanische Rüstungsunternehmen ein stetiges Wachstum, während Europas Aufrüstungskurs die Umsätze der europäischen Rüstungshersteller deutlich in die Höhe getrieben hat. Allein der europäische Markt für Drohnenabwehr soll sich bis 2030 vervierfachen. Vor kurzem, nach dem Bericht der *El Mundo* über Russlands Plan, Drohnen von Schiffen aus gegen Mittelmeerländer zu starten (der ebenfalls rasch widerlegt wurde), erklärte Robert Brovdi, Kommandeur der ukrainischen Drohneneinheit, gegenüber der italienischen Tageszeitung *la Repubblica*, dass „auch Italien eine eigene Brigade für unbemannte Systeme aufbauen muss; dies wird für die Verteidigung gegen Angriffe vom Meer aus entscheidend sein“.

Auch die europäischen Sicherheits- und Geheimdienste dürften von der Erzählung vom „russischen Hybridkrieg“ profitieren. Es ist kein Zufall, dass viele dieser Behauptungen von den Sicherheitsdiensten selbst stammen – Behörden, die durch die Wahrnehmung einer Sabotagegefahr höhere Budgets oder umfassendere Befugnisse erlangen könnten, was offensichtliche Fragen hinsichtlich Interessenkonflikten aufwirft. Der deutsche Auslandsgeheimdienst BND hat beispielsweise die Gefahr russischer Sabotage geltend gemacht, um Beschränkungen seiner Aktivitäten aus der Nachkriegszeit aufzuheben, und könnte nun die Erlaubnis erhalten, eigene Sabotageoperationen sowie offensive Cyberangriffe und aggressivere Spionage durchzuführen. In den Niederlanden verwies Ministerpräsident Rob Jetten auf die Sabotagegefahr, als er ein neues nationales Sicherheitsgesetz vorstellte, das den Geheimdiensten erweiterte Befugnisse einräumt.

Doch nicht nur der militärisch-industrielle Komplex und das Verteidigungs- und Sicherheitsestablishment profitieren von dem allgegenwärtigen Schreckgespenst einer drohenden „ russischen Bedrohung“ profitieren. Dies verschafft auch dem EU-Establishment einen umfassenderen autoritären Vorteil, da es routinemäßig als

Rechtfertigung für die anhaltenden Angriffe auf demokratische Normen und eine zunehmend autoritäre Regierungsführung herangezogen wird – von Online-Zensur über die Unterdrückung abweichender Meinungen bis hin zur Einmischung in nationale Wahlen. Es liefert den äußeren Feind, ohne den diese autoritäre Konsolidierung weitaus schwerer zu rechtfertigen wäre – ein permanenter Ausnahmezustand erfordert schließlich eine permanente Bedrohung. Dies ist einer der Gründe, warum sich das EU-Establishment gegenüber jeglicher Deeskalation mit Russland als so widerstandsfähig erwiesen hat.

Ein letzter Punkt verdient Erwähnung: die Art und Weise, wie das Narrativ des „hybriden Krieges" es westlichen Regierungen ermöglicht, ihre eigene Eskalation gegenüber Russland als bloße „Reaktion" auf russische Aggression darzustellen. Tatsächlich erklärte Admiral Giuseppe Cavo Dragone, der scheidende Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, offen, dass die NATO eine weitaus „aggressivere" Haltung gegenüber den verdeckten Aktivitäten Russlands in Erwägung ziehe – bis hin zu Präventivschlägen, die seiner Ansicht nach als eine Form von „Verteidigungsmaßnahmen" angesehen werden könnten. Ende September, nur wenige Tage nach der jüngsten Welle der „Hybridkrieg"-Panikmache, feuerte die Ukraine mehr als 1.000 Drohnen auf Russland ab, darunter den als ihren bislang größten Angriff auf Moskau bezeichneten. Dies war nur der jüngste Vorfall in einer anhaltenden Kampagne von Angriffen auf Russlands wichtigste Städte, seine strategische Infrastruktur und damit auch seine Führung – unterstützt von westlichen Geheimdiensten, durchgeführt mit westlichen Waffen und nun gestützt durch eine ausdrückliche Verpflichtung der G7, die Bereitstellung von Langstreckenwaffen zu „beschleunigen". Doch die westliche Logik verstärkt sich selbst: Sollte Russland zurückschlagen, würde seine Reaktion als Beweis dafür herangezogen werden, dass die Warnungen die ganze Zeit über richtig waren. Diese Logik ist so dreist, dass man sich unweigerlich fragt, ob westliche Eliten aktiv versuchen, eine russische Reaktion zu *provozieren*.

Wie dem auch sei: Die aufgeblasene Erzählung vom „hybriden Krieg" dient den Interessen der europäischen Regierungen und der NATO eindeutig weitaus besser, als ein tatsächlicher hybrider Krieg den Interessen Russlands dienen würde – ganz zu schweigen von einem konventionellen Angriff auf die NATO. Laut europäischen Beamten sollen russische Sabotageakte die europäische Unterstützung für die Ukraine schwächen. Es scheint jedoch weitaus wahrscheinlicher, dass sie den gegenteiligen Effekt haben. In einem Kommentar zum Vorfall in Leipzig/Halle fragte der Politikwissenschaftler Johannes Varwick beispielsweise, welches Interesse Russland an einem Angriff haben könnte, der wahrscheinlich „eine Vertiefung der Bedrohungswahrnehmung in Deutschland und ein stärkeres Engagement für die Unterstützung der Ukraine" zur Folge hätte. „Sicherlich hätten selbst russische ‚Strategen' erkannt, dass eine materiell belanglose Provokation letztlich Russland schadet und der Ukraine nützt", fügte er hinzu. „Die Frage lautet daher: cui bono?"

Genau: cui bono? Wem nützt es? Dies führt zu einer beunruhigenden Frage: Angesichts dessen, wie sehr europäische Regierungen und die NATO in die Narrativ des „hybriden Krieges" und die allgemeine Vorstellung von Russland als existenzielle Bedrohung für Europa investiert haben und davon abhängig geworden sind – werden sie sich weiterhin darauf beschränken, eine Bedrohung aufzubauschen, die kaum eine reale Grundlage hat? Oder könnten sie sich irgendwann gezwungen sehen, noch weiter zu gehen? Schließlich gibt es einen historischen Präzedenzfall, an dem

die NATO beteiligt war. Im Oktober 1990 bestätigte Ministerpräsident Giulio Andreotti vor dem italienischen Parlament die Existenz von „Gladio“: ein geheimes paramilitärisches Netzwerk, das in den ersten Nachkriegsjahren in verschiedenen NATO-Ländern unter der Schirmherrschaft der NATO und unter Beteiligung der CIA aufgebaut worden war, über versteckte Waffenlager verfügte und vier Jahrzehnte lang außerhalb jeglicher parlamentarischer Kontrolle unterhalten wurde. Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom November 1990 beschrieb eine Organisation, die sich „jeder demokratischen Kontrolle entzogen“ hatte und in bestimmten Mitgliedstaaten, „wie verschiedene gerichtliche Ermittlungen belegen“, in schwerwiegende Terrorismusfälle verwickelt war.

Es folgten parlamentarische Untersuchungen in Italien, Belgien, der Schweiz und Deutschland. In Italien kamen diese Untersuchungen zu den schärfsten Schlussfolgerungen. Ein Jahrzehnt später kam ein Bericht von Mitgliedern der parlamentarischen Kommission zu Massakern zu dem Schluss, dass eine „Strategie der Spannung“ – Bombenanschläge auf Zivilisten an öffentlichen Orten, die der Linken angelastet wurden, um die Wählerschaft in Richtung der antikommunistischen Rechten zu verängstigen – „von Personen innerhalb italienischer staatlicher Institutionen und, wie kürzlich festgestellt wurde, von Personen mit Verbindungen zu den Strukturen des US-Geheimdienstes organisiert, gefördert oder unterstützt“ worden sei. Dies ist das, was heute gemeinhin als „False-Flag-Aktion“ bekannt ist: eine verdeckte Operation, die darauf abzielt, die wahren Verantwortlichen zu verschleiern und die Schuld jemand anderem in die Schuhe zu schieben. Es ist daher merkwürdig, dass europäische und NATO-Vertreter Russland selbst vorgeworfen haben, False-Flag-Angriffe zu planen. Könnte dies darauf abzielen, die Öffentlichkeit auf ein Szenario vorzubereiten, in dem ein Angriff keinerlei Spuren Russlands aufweist – und dennoch genau aus diesem Grund Moskau angelastet wird, als „russische False-Flag-Aktion“?

Wie auch immer die Antwort lauten mag, eine Gefahr ist bereits klar: die einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Eine Darstellung, die jeden Brand, jede Drohnensichtung oder jedes beschädigte Kabel als Kriegshandlung darstellt, beschreibt die Realität nicht nur falsch; sie beginnt, sie neu zu gestalten. Regierungen, die ihren Bürgern seit Jahren einreden, sie befänden sich bereits im Krieg mit Russland, lassen sich selbst wenig Spielraum für Zurückhaltung, wenn der nächste Vorfall eintritt – und Vorfälle wird es immer wieder geben, sei es durch Drohnen, die durch elektronische Kriegsführung vom Kurs abgebracht wurden, durch Vögel, durch Pilotenfehler oder durch echte Sabotage. Polen ändert seine Einsatzregeln, sodass Piloten allein auf der Grundlage von Radardaten das Feuer eröffnen können; hochrangige Militärs der NATO diskutieren offen über Präventivschläge; die von westlichen Geheimdiensten und Waffen ermöglichten ukrainischen Angriffe tief im Inneren Russlands nehmen weiter zu. Jeder Schritt wird als Reaktion auf russische Aggression dargestellt. Aus Moskauer Sicht wirkt jeder Schritt wie eine Bestätigung dafür, dass sich die NATO auf einen Krieg vorbereitet – und Moskaus Gegenmaßnahmen wiederum werden in den europäischen Hauptstädten als Beweis dafür gewertet, dass die Warnungen die ganze Zeit über berechtigt waren.

Dies ist das klassische Sicherheitsdilemma, und in einem solchen Klima würde schon sehr wenig ausreichen – eine falsch identifizierte Drohne, eine falsch interpretierte Radarspur, einem Vorfall, der Russland zugeschrieben wird, bevor die Fakten

vorliegen –, damit sich ein „Hybridkrieg“, der bislang größtenteils nur auf dem Papier existiert, in einen echten Krieg zwischen Atommächten verwandelt. Das ist die größte Gefahr der heutigen Strategie der Spannung: nicht nur, dass sie eine Bedrohung übertreibt, sondern dass sie diese, wenn sie lange genug übertrieben wird, letztendlich selbst hervorrufen könnte. Um dieses Ergebnis zu vermeiden, ist genau das erforderlich, was die europäischen Regierungen bisher verweigert haben: Beweise vor Anschuldigungen, Richtigstellungen, die ebenso prominent sind wie die Behauptungen, die sie widerrufen, und die Bereitschaft, mit Moskau zu sprechen, anstatt nur über Moskau zu sprechen.

Thomas Fazi, ein bekannter US-Politologe und Analyst des US-amerikanischen Quincy Institute